

Wichtige Ergebnisse im Überblick

Mit dem Bildungsbericht 2016 werden – wie in den Vorgängerberichten – bereichsübergreifend der Entwicklungsstand und Fortschritte des Bildungssystems dokumentiert und aktuelle Herausforderungen benannt. Mit dem Thema „Bildung und Migration“ wird das Schwerpunktkapitel des ersten Bildungsberichts aus dem Jahr 2006 erneut aufgegriffen und in einer bilanzierenden Perspektive über die Situation von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund im Bildungssystem informiert (Kap. H). Bevor auf die im Rahmen dieser vertiefenden Analyse gewonnenen Erkenntnisse eingegangen wird, werden zunächst die zentralen Ergebnisse zu übergreifenden Entwicklungen und Perspektiven des Bildungswesens (Kap. A bis G und I) unter den folgenden Fragestellungen resümiert:

- Welche Veränderungen sind in den grundlegenden Rahmenbedingungen für Bildung in Deutschland eingetreten?
- Welche Entwicklungen sind bei den für Bildung bereitgestellten personellen, sachlichen und finanziellen Ressourcen feststellbar?
- Welche Trends zeigen sich bei Bildungsangeboten, Bildungsbeteiligung und auf der Ebene der Prozesse von Bildung?
- Welche Aussagen sind im Hinblick auf Ergebnisse und Erträge von Bildung möglich?

Die datengestützte Darstellungsform des Bildungsberichts ist weder dazu geeignet noch dazu bestimmt, unmittelbar Handlungsempfehlungen für politische oder pädagogische Maßnahmen abzuleiten. Die Befunde können jedoch dazu beitragen zu erkennen, für welche Gruppen und an welchen Stellen des Bildungssystems Handlungsbedarfe bestehen. In diesem Sinne werden am Schluss dieses Abschnitts die aus Sicht der Autorengruppe zentralen Herausforderungen benannt.

Rahmenbedingungen für Bildung

- **Trotz langfristig rückläufiger Entwicklung leichter Anstieg der Geburtenzahlen in den letzten Jahren:** Waren in Deutschland zuletzt im Jahr 2004 mehr als 700.000 Kinder zur Welt gekommen, wurden 2014 715.000 Geburten verzeichnet; für die nächsten 5 Jahre wird diese Anzahl relativ stabil bleiben. Dies führt kurzfristig zu einem höheren Bedarf an frühkindlichen sowie mittelfristig an schulischen Bildungsangeboten, eine Entwicklung, die durch die aktuelle Zuwanderung schutz- und asylsuchender Familien mit Kindern zudem noch verstärkt wird.
- **Weiter sinkender Bevölkerungsanteil von Familien mit Kindern und Wandel der elterlichen Erwerbsbeteiligung:** Mit 48 % lebt 2014 knapp die Hälfte der Bevölkerung Deutschlands in Familien, d. h. in Haushalten mit Erwachsenen und deren minderjährigen Kindern. Vor 12 Jahren lag dieser Anteil mit 54 % noch deutlich höher. In Westdeutschland leben anteilig mehr Personen in Familien als in Ostdeutschland, wo der Anteil in den letzten 5 Jahren weiter auf 42 % zurückgegangen ist. Aufgrund der gestiegenen Erwerbsbeteiligung der Frauen ist das ehemals sehr verbreitete „Alleinverdienermodell“ der Familienväter nur noch in jeder 5. Familie anzutreffen; beinahe ebenso häufig findet sich die Vollzeitwerbstätigkeit beider Partner. In rund der Hälfte der Paarfamilien ist der Mann in Vollzeit und die Frau in Teilzeit

erwerbstätig. Erwerbsbeteiligung und -umfang steigen erkennbar mit dem Bildungsstand der Partner.

- **Trotz Verringerung des Anteils der Kinder, die in Risikolagen aufwachsen, noch immer mehr als jede bzw. jeder vierte Minderjährige in Risikolagen:** Gegenüber 2006 wachen im Jahr 2014 weniger Kinder in Haushalten mit erwerbslosen Eltern und mit formal gering qualifizierten Eltern auf. Leicht zugenommen hat demgegenüber die finanzielle Risikolage – eine Lebenslage unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze. Der Anteil an Kindern in mindestens einer dieser 3 Risikolagen ist zwar um 4 Prozentpunkte gesunken, liegt aber immer noch bei 27,5 %. Der Anteil mit allen 3 Risikolagen bleibt in etwa stabil bei knapp unter 4 %. Überproportional häufig wachsen Kinder mit Migrationshintergrund – trotz positiver Tendenzen – in derartigen Risikolagen auf.
- **Weitere Anstrengungen nötig, um das Ziel zu erreichen, die Gesamtausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft bis zum Jahr 2015 auf 10 % zu steigern:** Von allen Sektoren wurden 2013 insgesamt 257,4 Mrd. Euro bzw. 9,1 % des BIP (nach vorläufigen Berechnungen 2014 ebenfalls 9,1 %) für Bildung, Forschung und Wissenschaft ausgegeben. 2014 wurden 120,4 Mrd. Euro aus den Nettoausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts (ohne Sozialversicherung) in Bildung investiert – der Anteil lag bei 20,3 % und damit leicht über dem Niveau des Vorjahres.
- **Anhaltender Personalzuwachs in Kindertageseinrichtungen und Ersatzbedarf älterer Lehrkräfte im Schulwesen:** Mit 515.000 pädagogisch Beschäftigten in Kindertageseinrichtungen wurde ein neuer Personalhöchststand erreicht. Dies ist sowohl durch den Ausbau der Ausbildungskapazitäten für die Ausbildung zur Erzieherin bzw. zum Erzieher bedingt als auch dadurch, dass Beschäftigte in mittleren und älteren Altersgruppen als Wiedereinsteigerinnen und -einsteiger in die Kindertagesbetreuung zurückgekehrt sind. Insbesondere jüngere Fachkräfte sind jedoch mit 43 % überdurchschnittlich befristet angestellt. Im Schulwesen ist weiterhin ein hoher Anteil von über 50-jährigen Lehrkräften zu verzeichnen. Vor allem für die ostdeutschen Länder zeichnet sich bis 2025 ein hoher Neueinstellungsbedarf im Schulbereich ab.
- **Weiterbildung als nur begrenzt professionalisiertes pädagogisches Beschäftigungsfeld:** Der erstmals berichtete Indikator zum Personal in der Weiterbildung weist die Weiterbildung als ein pädagogisches Feld aus mit sehr heterogenen Institutionen, hohen Anteilen an Nebenerwerbstätigkeit sowie einem vergleichsweise niedrigen Durchschnittseinkommen, auch bei den Haupterwerbstätigen – trotz einem relativ hohen Qualifikationsniveau (zwei Drittel aller Erwerbstätigen mit Studienabschluss). Insgesamt bestätigen diese Befunde das in der Wissenschaft seit längerem diskutierte Bild eines semiprofessionellen Beschäftigungsbereichs (begrenzte exklusive fachwissenschaftliche Ausbildung, Laufbahnstrukturen, gemeinsames Berufsethos u. a.).

Bildungseinrichtungen und Bildungsteilnahme

- **Bildungsbeteiligungsquoten der Menschen mit und ohne Migrationshintergrund haben sich angenähert:** Die Bildungsbeteiligungsquoten sind insgesamt weiter gestiegen, eine Annäherung zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund erfolgte vor allem bei Kindern im Kindergartenalter sowie bei den 16- bis unter 30-Jährigen. Lag die Beteiligungsquote 2005 für 16- bis unter 30-Jährige mit Migrationshintergrund noch deutlich unter jener der Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund, so nehmen Personen mit Migrationshintergrund 2014 anteilig vergleichbar oft an Bildung teil, allerdings häufiger in niedriger qualifizierenden Bildungsgängen.
- **Weiterhin steigender Bedarf an Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige:** Zwischen 2013 und 2015 wurden fast 90.000 zusätzliche Plätze in der Kindertagesbetreuung geschaffen, sodass die Bildungsbeteiligung von Kindern im Alter von unter 3 Jahren

aktuell auf 51,9 % in Ostdeutschland und 28,2 % in Westdeutschland angestiegen ist. Aufgrund der zeitgleich steigenden Zahl an Kindern im Alter von 3 bis 5 Jahren in der Bevölkerung, der noch nicht gedeckten Bedarfe bei unter 3-Jährigen sowie des Zuzugs von Kindern aus schutz- und asylsuchenden Familien ist neben den qualitativen Herausforderungen von einem weiteren Ausbaubedarf der frühkindlichen Bildungsangebote auszugehen.

- **Längeres gemeinsames Lernen gewinnt im Schulwesen an Bedeutung:** Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die kombinierte Schularten mit mehr als einem Bildungsgang besuchen, hat sich seit 2006 von 700.000 auf 1,1 Millionen erhöht. Der Großteil wird nicht in getrennten Haupt-, Realschul- oder Gymnasialklassen, sondern in integrierter Form unterrichtet. Vor allem Jugendlichen mit niedrigem sozialem Status stehen dadurch mehr direkte Abschlussoptionen an einer Schulart offen. Die Schulen mit mehreren Bildungsgängen bzw. Gesamtschulen machen zudem am häufigsten Ganztagsangebote und weisen höhere Integrationsanteile von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf als andere Schularten.
- **Regionale Unterschiede im Ausbau des Privatschulsektors:** 11 % des Schulangebots werden inzwischen von freien Trägern gestellt, die in Ballungsräumen das öffentliche Schulangebot ergänzen, während sie in ländlichen Regionen teilweise das rückläufige Angebot öffentlicher Schulen ersetzen. Schulen in freier Trägerschaft sind jedoch oftmals kleiner als Schulen in öffentlicher Trägerschaft. Dabei stammt die Schülerschaft an Privatschulen insbesondere in Großstädten aus sozioökonomisch günstigeren Verhältnissen als an öffentlichen Schulen. Gemessen an den erreichten Abschlüssen unterscheiden sich die Bildungserfolge der Jugendlichen aus Schulen in freier und öffentlicher Trägerschaft allerdings nicht systematisch.
- **Rückläufigkeit der Neuzugänge zu voll qualifizierender Berufsausbildung bei weiterhin hohem Niveau der Studienanfängerzahl:** Die Neuzugänge zu den vollqualifizierenden Sektoren der Berufsausbildung sind weiter rückläufig; erstmals seit 10 Jahren steigt 2015 die Zahl der Neuzugänge zum Übergangssystem (um 7,5 %) wieder an. Auch 2014 ist die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger größer als die der Neuzugänge zum dualen System. Erneut nahm mehr als eine halbe Million Studienanfängerinnen und -anfänger ein Studium auf. Die steigende Zahl an Studienberechtigten, die leicht zunehmende Übergangsquote an die Hochschule sowie mehr internationale Studierende haben dazu beigetragen. Die ostdeutschen Länder gleichen durch Zuwanderung westdeutscher Studierender den demografischen Rückgang ihrer Bevölkerung teilweise aus und entlasten die Hochschulen in Westdeutschland.
- **Deutliche regionale und berufsbezogene Unterschiede in Angebots-Nachfrage-Relation der Berufsausbildung:** In der Angebots-Nachfrage-Relation ist es zu starken regionalen Disparitäten gekommen, die sich am stärksten in einem West-Ost-, aber auch in einem Nord-Süd-Gefälle darstellen. Die Ausbildungschancen für Jugendliche und Rekrutierungschancen für Betriebe unterscheiden sich innerhalb und zwischen den Regionen erheblich. Insbesondere die Ausbildungssituation von Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss im Osten hat sich verschlechtert, da die Ausbildungsangebote vor allem des dualen Systems im letzten Jahrzehnt stark rückläufig sind. Von Disparitäten in der Angebots-Nachfrage-Relation sind die Berufe und Berufsgruppen in unterschiedlicher Weise betroffen. Angebotsüberhänge finden sich vor allem in Berufen des Ernährungshandwerks und des Gastgewerbes, Nachfrageüberhänge insbesondere in qualifizierten gewerblich-technischen, kaufmännischen sowie informations- und kommunikationstechnischen Berufen.
- **Mehr internationale Studierende als jemals zuvor:** 18 % der Studienanfängerinnen und -anfänger kommen aus dem Ausland. Sie schreiben sich vermehrt in Master- und Promotionsstudiengänge ein und wählen hier vor allem die MINT-Fächer. Aus

Asien kommt ein wachsender Teil, während der Anteil Studierender aus Osteuropa deutlich zurückgegangen sind. Wie viele internationale Studierende nach dem Abschluss in Deutschland bleiben, ist nicht genau zu ermitteln. Studien zeigen, dass bis zur Hälfte von ihnen (zunächst) in Deutschland bleibt und überwiegend abschlussadäquat beschäftigt ist.

- **Trotz weiter bestehender sozialer Disparitäten positiver Trend in Weiterbildungsteilnahme, vor allem durch (angeordnete) betriebliche Weiterbildung:** Gemessen an der Teilnahmequote an Weiterbildung insgesamt setzt sich die im Bildungsbericht 2014 berichtete positive Entwicklung mit einer Teilnahmequote von 51 % fort. Der positive Trend erreicht erstmals auch die Geringqualifizierten, was durch deren Teilnahme an betrieblicher Weiterbildung verursacht ist. Über die Hälfte der Teilnehmenden gibt als Teilnahmegrund an, dass sie nur auf betriebliche Anordnung hin erfolgt sei; bei Geringqualifizierten steigt dieser Anteil auf drei Viertel. Wie nachhaltig eine solche, wenig selbstgesteuerte Weiterbildung ist, die sich überwiegend auch auf Kurzzeitmaßnahmen stützt, ist zu diskutieren. Insgesamt werden die sozialen Disparitäten nach Bildungs- und Erwerbsstatus sowie Migrationshintergrund dadurch nicht aufgehoben. Im Gegenteil: Sie bleiben stabil.

Bildungsprozesse

- **Zunehmender Umfang der Kindertagesbetreuung geht nicht zulasten der in der Familie verbrachten Zeit:** Die vertraglich vereinbarten Zeiten der institutionalisierten Kindertagesbetreuung haben sich für alle Altersgruppen weiter erhöht. Mittlerweile werden für 43 % der in Tageseinrichtungen betreuten unter 3-Jährigen in Westdeutschland und für 76 % in Ostdeutschland ganztägige Betreuungszeiten vertraglich vereinbart. Diese Zeiten stimmen allerdings nicht immer mit den Elternwünschen überein und werden häufig auch nicht voll ausgeschöpft. Trotz der zunehmenden Nutzung frühkindlicher Bildungsangebote durch unter 3-Jährige verbringen Kinder im Alter von 1 und 2 Jahren weiterhin den Großteil des Tages in der Familie. Eltern von unter 6-Jährigen wenden dabei 2012/13 täglich rund 10 % mehr Zeit für die Betreuung ihrer Kinder auf als im Jahr 2001/02.
- **Anhaltender Ausbau des schulischen Ganztagsbetriebs bei weiter hoher Nutzung von außerschulischen Bildungsangeboten und freiwilligem Engagement:** Insgesamt unterbreiten 60 % der Schulen in Deutschland Ganztagsangebote. Dabei dominiert weiterhin das offene Organisationsmodell mit unverbindlicher Teilnahme der Schülerinnen und Schüler, sodass eine über den Tag verteilte Rhythmisierung von Unterricht und außerunterrichtlichen Angeboten nur selten möglich ist. Insgesamt nimmt mehr als ein Drittel aller Schülerinnen und Schüler Ganztagsangebote in Anspruch und wendet dafür neben den Unterrichtszeiten durchschnittlich knapp 2,5 Stunden pro Woche auf. Mit 5 Stunden pro Woche ist der Zeitaufwand für Bildungsaktivitäten außerhalb der Schule jedoch immer noch doppelt so hoch. Die hohe Bedeutung von Aktivitäten in non-formalen Lernwelten wird auch in der deutlich gestiegenen Engagementquote sowie in der Teilnahme an Freiwilligendiensten sichtbar: Absolvierten 2002 noch etwa 14.000 junge Menschen nach der Schulzeit ein FSJ oder FÖJ, sind mittlerweile fast 90.000 in Freiwilligendiensten aktiv.
- **Ausdifferenzierung der Wege zum Erwerb einer Studienberechtigung:** Neben dem klassischen Weg zum Abitur über das Gymnasium besteht in allen Ländern die Möglichkeit, die Hochschulreife an (zum Teil neu eingeführten) Schulen mit mehreren Bildungsgängen oder an beruflichen Schulen zu erwerben. Bereits jetzt führt der Weg zur Studienberechtigung für rund ein Drittel der Jugendlichen über berufliche Schulen; in manchen Ländern ist es mehr als ein Drittel. Innerhalb der Gymnasien differenzieren sich die Wege zum Abitur ebenfalls weiter aus, da nach der G8-Reform

inzwischen in 6 Ländern wieder an Gymnasien die Möglichkeit gegeben wird, in neun Jahren zum Abitur zu gelangen (G9).

- **Weiter leicht steigende Studiendauer bei insgesamt hoher Studienzufriedenheit:** Trotz der stark gestiegenen Studierendenzahlen ist die mittlere Studiendauer im Bachelorstudium nur leicht auf 7,2 Semester gestiegen. Beim Masterabschluss haben die Studierenden 11,3 Semester an der Hochschule verbracht und damit etwa ein Semester weniger als bei den früheren Abschlüssen (Diplom, Magister). Inwieweit diese Werte immer noch durch den Übergang auf das gestufte Studiensystem beeinflusst sind, ist offen. Die Einschätzungen zur Studienzufriedenheit bleiben positiv, mit Ausnahme der Kritik an der zeitlichen Organisation des Studiums.
- **Zwei Drittel der Bachelorabsolventinnen und -absolventen gehen in ein Masterstudium über:** An den Universitäten scheint der Masterabschluss zum neuen Regelabschluss zu werden, die Übergangsquote liegt hier bei 80 %. Wie bei der Studienentscheidung wirkt sich auch beim Übergang ins Masterstudium die soziale Herkunft aus.
- **Komplementarität von (non-)formalem und informellem Lernen im Erwachsenenalter:** Die Teilhabe an informellem Lernen differiert stark nach Migrationshintergrund, Bildungsstand und Erwerbsstatus sowie nach Teilnahme an non-formaler Weiterbildung. Dies zeigt, wie stark die Komplementarität zwischen informellem Lernen und Erfahrungen in formalisierten Lernumgebungen ist. In die gleiche Richtung verweisen die Zusammenhänge zwischen informellen Lernaktivitäten und dem Kompetenzniveau in Lesen und in Alltagsmathematik.

Bildungsergebnisse und -erträge

- **Weiterhin etwa ein Viertel der 5-Jährigen mit Sprachförderbedarf im Deutschen:** Auch wenn es zahlreiche Initiativen im Bereich der sprachlichen Bildung gab, ist der Anteil an sprachförderbedürftigen Kindern seit einigen Jahren in etwa konstant geblieben. Insbesondere Kinder aus Elternhäusern mit niedrigem Schulabschluss sowie mit nicht deutscher Familiensprache werden vermehrt als sprachförderbedürftig diagnostiziert. Zudem werden diese Kinder häufiger verspätet eingeschult.
- **Weniger kompetenzschwache Jugendliche, wenngleich ihr Anteil deutlich über dem Anteil der Jugendlichen ohne Abschluss liegt:** Leistungsverbesserungen zeigen sich seit der ersten PISA-Erhebung vor allem für Jugendliche aus sozioökonomisch schwachen Elternhäusern, mit einem Fortschritt von mehr als einem Lernjahr in der Lesekompetenz. Die Risikogruppe der leseschwachen 15-Jährigen ist 2012 mit 15 % um 8 Prozentpunkte kleiner als noch 2000. Demgegenüber verlassen nur 6 % die Schule, ohne zumindest einen Hauptschulabschluss erreicht zu haben. Dies deutet auf einen nennenswerten Anteil unter den Jugendlichen mit Abschluss hin, der allenfalls basale Lesefähigkeiten besitzt und am Ausbildungsmarkt Schwierigkeiten haben dürfte.
- **Bei Vertragsauflösungsquoten starkes Gefälle zwischen Berufen:** Bei den Vertragsauflösungsquoten im Ausbildungsverlauf zeigt sich ein starkes Gefälle zwischen Berufen – mit den höchsten Quoten bei handwerklichen Berufen (über 40 %). Nach Personenmerkmalen betrachtet sind die Vertragsauflösungsquoten bei ausländischen Auszubildenden bis zu 50 % höher als bei deutschen. Auch Auszubildende, die vor der Ausbildung Übergangsmaßnahmen besucht haben, weisen überdurchschnittliche Vertragsauflösungsquoten auf.
- **Verbesserte Arbeitsmarktergebnisse der Ausbildung bei anhaltend erhöhten Risiken in Ostdeutschland und für Ausländerinnen und Ausländer:** Die Übernahmequoten nach Ausbildungsabschluss sind in den ostdeutschen Ländern gestiegen und nähern sich denen in Westdeutschland immer mehr an. Für Ausbildungsabsolventinnen und

-absolventen in Ostdeutschland und für Ausländerinnen und Ausländer, insbesondere aus europäischen Staaten außerhalb der EU, Afrika und Asien, bleiben nicht nur überdurchschnittlich hohe Arbeitsmarktrisiken: Sie erreichen auch nach Ausbildungsabschluss im Durchschnitt niedrigere Einkommen.

- **Einmündung in Erwerbstätigkeit vom Studienabschluss abhängig:** Nach einem Masterabschluss wird häufiger eine abschlussangemessene Erwerbstätigkeit ausgeübt als nach dem Bachelorabschluss. Insgesamt bleibt das Arbeitslosigkeitsrisiko für Hochschulabsolventinnen und -absolventen gering.
- **Ungünstigere Resultate bei Maßnahmen zur Förderung beruflicher Weiterbildung im Osten, für Ausländerinnen und Ausländer sowie für Geringqualifizierte:** Bei der arbeitsmarktbezogenen Weiterbildung, für die allein objektiv gemessene und belastbare Daten über Resultate vorliegen, variieren die Weitereingliederungsquoten nach Beendigung der Maßnahmen regional stark zwischen den ost- und westdeutschen Ländern. Nach personenbezogenen Merkmalen sind niedrigere Eingliederungseffekte bei ausländischen Personen und bei Geringqualifizierten festzustellen.

Zum Schwerpunktthema „Bildung und Migration“

- **Leichter Anstieg des Anteils der Menschen mit Migrationshintergrund bei starken regionalen Disparitäten:** Insgesamt wiesen im Jahr 2013 16,5 Millionen Menschen bzw. 21 % der Bevölkerung in Deutschland einen Migrationshintergrund auf und damit etwas mehr als im Jahr 2005 (19 %). Vor allem der Anteil der Menschen aus EU-Mitgliedstaaten hat sich seither erhöht. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund verteilt sich allerdings nicht gleichmäßig über die Länder: Der Großteil (96 %) lebt in den westdeutschen Ländern sowie in Berlin. Die Zuwanderung von schutz- und asylsuchenden Menschen ist in den letzten drei Jahren erstmals wieder vergleichbar hoch wie in den 1990er-Jahren.
- **Heterogene Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund:** Die Zusammensetzung der Menschen mit Migrationshintergrund nach Alter, Herkunft, Migrationsgenerationen und sprachlichen Kompetenzen im Deutschen verändert sich stetig. So ist z. B. der Anteil der Kinder unter 10 Jahren mit Migrationshintergrund inzwischen auf über ein Drittel der altersgleichen Bevölkerung gewachsen; in einzelnen Ballungszentren liegt dieser Anteil bei mehr als 50 %.
- **Junge Menschen mit Migrationshintergrund leben häufiger in Risikolagen:** Kinder und Jugendliche ohne Migrationshintergrund sind zu einem Fünftel von mindestens einer Risikolage betroffen. Mit Migrationshintergrund liegt der Anteil deutlich höher: in der 1. Generation bei 55 % und in der 2. Generation bei 42 %.
- **Migrationspezifische Segregationstendenzen in Kindertageseinrichtungen und Schulen:** Über ein Drittel der Kinder mit nicht deutscher Familiensprache besucht Kindertageseinrichtungen, in denen die Mehrheit der Kinder zu Hause ebenfalls kaum oder wenig Deutsch spricht. Vor allem in Ballungszentren wie Berlin, Frankfurt a. M. oder München betrifft dies mehr als die Hälfte aller Kinder mit nicht deutscher Familiensprache. Ähnliche Segregationstendenzen sind im Schulwesen sichtbar. Allerdings stehen dort geringere Kompetenzen – unabhängig vom Migrationsanteil – in einem engen Zusammenhang mit einer Verdichtung von sozioökonomischen Risikolagen in den Klassen bzw. an den Schulen.
- **Zunehmende Bildungsbeteiligung von jungen Kindern und Erwachsenen mit Migrationshintergrund:** Der Anteil an unter 3-jährigen Kindern mit Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen hat sich seit 2009 verdoppelt, liegt mit 22 % allerdings immer noch unter den Anteilen von Kindern ohne Migrationshintergrund (38 %). Im Schulwesen sind Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund an niedriger qualifizierenden Schularten deutlich überrepräsentiert. Wird jedoch der sozioöko-

nomische Hintergrund berücksichtigt, so besuchen 15-Jährige mit und ohne Migrationshintergrund 2012 zu vergleichbaren Anteilen die jeweiligen Bildungsgänge, was einer Verbesserung der Situation seit dem Jahr 2000 entspricht. Auch der Anteil der Studienberechtigten mit und ohne Migrationshintergrund, die ein Studium aufnehmen, liegt etwa auf gleichem Niveau.

- **Die in der Familie gesprochene Sprache sowie die Migrationsgeneration stehen bei Kindern vor der Einschulung in einem deutlichen Zusammenhang mit den Wortschatzkompetenzen im Deutschen:** Dadurch erlangt die sprachliche Bildung in den Kindertageseinrichtungen für Kinder, die darauf angewiesen sind, die deutsche Sprache innerhalb des Bildungssystems zu erlernen, einen sehr hohen Stellenwert.
- **Verbesserung der Kompetenzen von Lernenden mit Migrationshintergrund:** Vor allem im Sekundarbereich haben sich die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund verbessert. Die gleichwohl bestehenden Kompetenzrückstände gegenüber Mitschülerinnen und Mitschülern ohne Migrationshintergrund stehen in einem engeren Zusammenhang mit sozioökonomischen Faktoren als etwa mit der Familiensprache oder dem Geburtsland der Eltern. Die im Sekundarbereich zu beobachtenden Kompetenzzuwächse sind insbesondere auf verbesserte Leistungen der Jugendlichen mit Migrationshintergrund aus Familien mit niedrigem (und mittlerem) sozioökonomischen Status zurückzuführen.
- **Fast ein Viertel der Auszubildenden im dualen und Schulberufssystem mit Migrationshintergrund:** Seit 2005 ist der Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund bis 2013 auf 24 % angestiegen. Der größte Anteil kommt aus europäischen Staaten außerhalb der EU (Türkei, Staaten des Westbalkans und der russischen Föderation); der Rest verteilt sich auf EU-15, die übrigen EU-28-Staaten und Asien zu jeweils 4 %.
- **Hohe regionale Disparitäten bei ausländischen Neuzugängen zur Berufsausbildung:** Bei den Neuzugängen zur beruflichen Bildung kommt es zu einer erheblichen Ungleichverteilung zwischen den Regionen, nicht nur anhaltend zwischen ost- und westdeutschen Ländern, sondern innerhalb Westdeutschlands auch zwischen Stadtstaaten und Ballungszentren auf der einen sowie Flächenstaaten auf der anderen Seite.
- **Weiterhin deutlich geringere Beteiligungsquote von Personen mit Migrationshintergrund in der Weiterbildung:** Auch 2014 ist die Quote der Weiterbildungsteilnahme von Migrantinnen und Migranten nur halb so groß (8 %) wie die der Personen ohne Migrationshintergrund (16 %). Besonders niedrige Quoten weisen Zugewanderte aus der Türkei (4,5 %) und dem ehemaligen Jugoslawien (6,6 %) auf.
- **Anhaltende Disparitäten zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen bei den erreichten Schulabschlüssen, im Hochschulsystem aber kaum noch Unterschiede:** Ausländische Jugendliche verlassen nach wie vor mehr als doppelt so häufig das Schulsystem ohne Hauptschulabschluss und erreichen dreimal seltener die Hochschulreife. Sind sie einmal im Hochschulsystem, so zeigen sich jedoch nur relativ geringe Unterschiede zwischen Studierenden mit und ohne Migrationshintergrund bei den Übergängen nach dem ersten Studienabschluss. In der beruflichen Ausbildung sind die Vertragsauflösungsquoten bei ausländischen Auszubildenden bis zu 50 % höher als bei deutschen.
- **Erhöhter Personaleinsatz in Gruppen in Kindertageseinrichtungen mit hohem Migrationsanteil:** Einige Länder stellen zusätzliche Mittel für Kindertageseinrichtungen zur Verfügung, wenn sie Kinder mit Migrationshintergrund betreuen oder die Einrichtung von einem überdurchschnittlich hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund besucht wird. Dies spiegelt sich in einigen westdeutschen Ländern in einem verbesserten Personalschlüssel wider. Insbesondere in Gruppen mit Kindern ab 3 Jahren verbessert sich der Personalschlüssel, je höher der Anteil an Kindern ist, die zu Hause kein oder wenig Deutsch sprechen.

- **Sprachförderung im frühkindlichen Bereich und in der Schule wichtiger Teil der Bildungsarbeit:** Seit 2008 haben sich die Länder verpflichtet, die sprachliche Bildung im Rahmen der pädagogischen Konzepte in Tageseinrichtungen zu implementieren. Darüber hinaus existieren in 12 Ländern unterschiedliche Sprachfördermaßnahmen für als förderbedürftig diagnostizierte Kinder vor der Einschulung. Im Schulalter werden sowohl länderspezifisch als auch kommunal sehr unterschiedliche Angebote bereitgestellt, in denen Kinder und Jugendliche Deutsch als Zweitsprache erlernen können. Im Lehramtsstudium ist die Förderung von Deutsch als Zweitsprache zumindest in 9 Ländern vorgesehen.
- **Die Anerkennung von Kompetenzen und Zertifikaten variiert zwischen den Ländern, und Anerkennungsverfahren sind nicht formal festgelegt:** Auf welchem Sprachniveau Kinder und Jugendliche die deutsche Sprache beherrschen sollten, ist bisher nicht einheitlich geregelt. Im Schulbereich greifen die Länder seit 2012 zunehmend auf das Deutsche Sprachdiplom der Kultusministerkonferenz zurück. Im Hochschulbereich gilt, dass die internationalen Studierenden die gleichen Voraussetzungen erfüllen müssen wie Studienberechtigte, die das Bildungssystem in Deutschland durchlaufen haben. Die Anerkennungs- und Zulassungsentscheidungen treffen die Hochschulen.

Zentrale Herausforderungen

Das deutsche Bildungssystem zwischen Bildungsexpansion und -integration

In einer Vielzahl von Bildungsbereichen sind in den vergangenen Jahren wichtige strukturelle Veränderungsprozesse eingeleitet worden: vom Ausbau der frühkindlichen Bildungsangebote über Ganztagschulen bis hin zu schulstrukturellen Veränderungen im Sekundarbereich I sowie zur Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen. Bereits im Bildungsbericht 2014 wurde darauf verwiesen, dass bei allen strukturellen Veränderungsbestrebungen Fragen nach der Qualität und den Effekten, etwa für Lernergebnisse, nicht aus dem Blick geraten dürfen. Die hier vor 2 Jahren im Bildungsbericht aufgeworfenen Fragen bleiben aktuell.

Die in diesem Bildungsbericht präsentierten Befunde verdeutlichen, dass weite Teile des Bildungssystems mit großen Anforderungen konfrontiert sind, seien sie intendiert, wie das Ziel des Abbaus sozialer Disparitäten beim Bildungserfolg, seien sie begründet in langfristigen Trends, wie der weiter anhaltenden Bildungsexpansion. Hinzu treten aktuell neue Herausforderungen aufgrund nicht vorhersehbarer Ereignisse, wie der zunehmenden Zuwanderung von Menschen, die in Deutschland Schutz und Asyl suchen. Vor diesem Hintergrund sind die 5 Handlungsfelder erneut zu nennen, die im Bildungsbericht 2014 als zentrale Herausforderungen benannt wurden: (1) die Qualitätssicherung in der frühkindlichen Bildung, (2) die Weiterentwicklung der Ganztagsangebote in Schule und Hort, (3) die Organisation des Übergangs von allgemeinbildender Schule zur Berufsausbildung, (4) das Verhältnis von beruflicher Bildung und Hochschulbildung sowie (5) die Schaffung eines inklusiven Bildungssystems. Diese Herausforderungen haben aufgrund der aktuellen Entwicklungen noch an Bedeutung gewonnen.

Resümiert man bereichsübergreifend die Ergebnisse dieses Bildungsberichts unter dem Gesichtspunkt von Handlungsbedarfen für Bildungspolitik und Bildungsinstitutionen, so zeichnen sich die folgenden zentralen Herausforderungen ab:

Anhaltende Expansion zu höherer Bildung und Probleme im unteren Qualifizierungsbereich

Zu betonen ist, dass die Nachfrage nach formal höher qualifizierenden Bildungszertifikaten in Deutschland ungebrochen hoch ist und weiter steigt. Der Bildungsstand der Bevölkerung hat sich in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich verbessert, es werden mehr allgemeinbildende und berufsqualifizierende Bildungszertifikate erworben. Der Anteil von Personen mit einer Hochschulzugangsberechtigung oder einem Studienabschluss ist weiter gestiegen und wird sich voraussichtlich auch weiter erhöhen.

Demgegenüber stehen Jugendliche und junge Erwachsene, die maximal einen Hauptschulabschluss erwerben oder ohne eine berufliche Qualifikation in das Erwerbsleben starten. Diese Gruppen sind trotz positiver Entwicklungen weiterhin zu groß und steigen in jüngster Zeit aufgrund der von Zuwanderung von Schutz- und Asylsuchenden auch wieder an. Hinzu kommt, dass Personen aus sozial weniger begünstigten Familien sowie junge Menschen mit Migrationshintergrund in der Gruppe der formal gering oder nicht Qualifizierten überdurchschnittlich stark vertreten sind. An den Effekten steigender Bildungsbeteiligung partizipieren demnach nicht alle gleichermaßen.

Auf die Gruppe der formal gering oder nicht Qualifizierten ist daher in Zukunft verstärkt der bildungspolitische Blick zu richten. Aufgrund der Langzeitwirkungen von fehlenden Bildungszertifikaten für die Ausgestaltung des eigenen Lebensverlaufs und zur gesellschaftlichen Integration und Teilhabe am kulturellen Leben gehört die Reduktion der Zahl formal gering qualifizierter Menschen sowohl im allgemeinbildenden als auch im beruflichen Bereich nach wie vor zu den zentralen Herausforderungen

von Bildungspolitik und Bildungspraxis. Zuallererst geht es darum, die Zahl der Jugendlichen, die das allgemeinbildende Schulsystem ohne einen qualifizierten Schulabschluss verlassen, weiter substanziell zu verringern. Dabei geht es in besonderer Weise um die Neugestaltung der Schnittstelle zwischen erstem allgemeinbildendem (Haupt-)Schulabschluss, Berufsvorbereitung im Übergangssystem und Berufsausbildung. Diese Schnittstelle erhält auch in Anbetracht einer hohen Zahl an Schutz- und Asylsuchenden, die aufgrund ihrer vorhandenen Qualifikationen stärker auf Anpassungs- und Brückenmaßnahmen angewiesen sein dürfte, einen neuen Stellenwert: Um Übergänge zu ermöglichen, wird es von besonderer Bedeutung sein, angepasste und angemessene Anschlussmöglichkeiten für Bildungsverläufe zu entwickeln und Sackgassen zu vermeiden.

Soziale Disparitäten als bekanntes, anhaltendes Strukturproblem

Die Frage der sozialen Selektivität bleibt nach wie vor aktuell. Seit längerer Zeit ist dieser Befund unbestritten, hinreichend belegt und bleibt als eine der dringlichsten Herausforderungen bestehen. Dass es dem Bildungssystem in Deutschland trotz beträchtlicher Bemühungen in Bildungspraxis und Bildungspolitik auch bei erkennbaren Fortschritten noch nicht gelungen ist, den engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg nachhaltig aufzubrechen, verweist erneut auf den besonderen Handlungsbedarf, der es erforderlich macht, Lösungsansätze über die verschiedenen Bildungsbereiche hinweg zu konzipieren.

Vor allem die vertiefte Befassung mit der Lage von Personen mit Migrationshintergrund in diesem Bericht zeigt noch einmal, dass und an welcher Stelle besondere Probleme auftreten. Die Integration von Schutz- und Asylsuchenden in die deutsche Gesellschaft und die besondere Rolle, die zunächst dem Bildungssystem, im Weiteren aber auch dem Beschäftigungssystem zukommt, wird zentrale Aufgabe aller im Bildungs- und Ausbildungssystem Verantwortlichen sein – und das nicht nur kurzfristig und unabhängig davon, wie sich die Zuwanderung künftig entwickeln wird. Unbestritten ist (wie auch die Beschlüsse der Länder in der KMK zeigen), dass für die Bewältigung dieser neuen Aufgaben für das Bildungssystem zusätzliche Ressourcen notwendig sind. Dabei werden die Angemessenheit der Maßnahmen und der Erhalt der geltenden Standards bei gleichzeitiger Flexibilität im Umgang mit Zuwanderung neue und bisher unbekannte Anforderungen an alle Beteiligten stellen, die auch Rückwirkungen auf die bestehenden Strukturen des jetzigen Bildungssystems mit einschließen. Insellösungen für diese Personengruppe – obgleich sie temporär notwendig sind – können nicht als Dauerperspektive angesehen werden.

Regionale Disparitäten als bekanntes, sich verschärfendes Strukturproblem

Regionale Differenzen prägen sich innerhalb Deutschlands immer stärker aus; auch das Bildungssystem ist von der Unterschiedlichkeit der Entwicklungen gezeichnet. Das Problem regionaler Disparitäten zeigt sich zunächst darin, dass der Inhalt dessen, was in den verschiedenen Bildungsbereichen jeweils als Region zu definieren ist, unterschiedlich bestimmt werden muss: Ist es in der frühkindlichen Bildung und Grundschule noch das engere Wohnumfeld, so erweitert sich die Region im Bereich der Sekundarschule. Für die berufliche Bildung ist in diesem Zusammenhang der Blick eher auf strukturell verknüpfte Wirtschaftsräume zu richten, bei denen Ländergrenzen keine Relevanz haben müssen. Für den Hochschulbereich sind je nach Hochschultyp unterschiedliche Ansätze zu wählen.

Die Verschiedenartigkeit der Entwicklungen in den einzelnen Regionen wird nicht nur durch das Vorhandensein von Bildungseinrichtungen geprägt, ökonomische und sozialstrukturelle Faktoren wirken hier vielfach stärker. Deswegen kommt den

Auswirkungen der regionalspezifischen Rahmenbedingungen für das Handeln der Bildungseinrichtungen und des pädagogischen Personals eine besondere Bedeutung zu. Unterschiede zu erkennen und auf sie ausgleichend zu reagieren, bleibt eine zunehmend wichtiger werdende Anforderung für alle Beteiligten in Bildungspolitik und Bildungspraxis.

Verschiebungen in der Qualifikationsstruktur

Die öffentliche Debatte in Deutschland hat in den vergangenen Jahren das Verhältnis zwischen dualer Ausbildung und Hochschulbildung verstärkt thematisiert, nachdem sich der im Bildungsbericht 2014 aufgezeigte Trend einer Verschiebung der Schulabsolventenströme zum Hochschulstudium als stabil herausgestellt hat. Hier ist weiterhin auf notwendige Differenzierungen zu drängen und der Frage nachzugehen, ob und wie weit neue Segmentationslinien und soziale Disparitäten im Zusammenhang von beruflicher Bildung und Hochschulbildung entstehen. Dabei wird zu klären sein, welche Auswirkungen dieser Trend sowohl für die berufliche Ausbildung als auch für das Hochschulsystem insgesamt hat, inwieweit neue Formen von Differenzierungen in beiden Bereichen Platz greifen und zu neuen Ausbildungsstrukturen führen: z. B. duale Hochschulstudiengänge, neue Formen der Durchlässigkeit und des Hochschulzugangs. Die weiterhin verstärkte Nachfrage nach formal höher qualifizierenden Bildungszertifikaten kann darüber hinaus für die Aufnahme einer Berufsausbildung eine besondere Herausforderung darstellen, wenn damit – zumindest in ausgewählten Berufssegmenten – das Abitur zur Basisqualifikation wird. Zentral erscheint, wie eine neue Balance zwischen wissenschaftlichen und berufspraktischen Anforderungen gefunden werden kann. Schließlich erscheint es angezeigt, genau zu beobachten, wie sich bei einem anhaltenden Trend zum Hochschulstudium die Übergangs- und Berufsperspektiven für die Absolventinnen und Absolventen der unterschiedlichen Ausbildungsabschlüsse entwickeln.

Bedarfsgerechtigkeit des öffentlichen Bildungssystems als Problem

Die Bereitstellung einer Lernumgebung, die den zunehmend heterogenen Qualifikationsbedarfen und -wünschen Rechnung trägt, erfordert besondere Anstrengungen. Dies schließt Lernarrangements und Lernmaterialien ebenso ein wie qualifiziertes Personal – lehrendes, beratendes und unterstützendes.

Die in letzter Zeit zunehmenden (vor allem privaten) Initiativen zur Gründung von Schulen und Entwicklung von Studiengängen deuten auf Mängel in der Bedarfsgerechtigkeit der öffentlichen Bildungsinfrastruktur hin. Bildungspolitik, Bildungspraxis und Bildungsforschung sind aufgefordert, dieser Entwicklung verstärkt Aufmerksamkeit zu widmen. Zu untersuchen ist dabei auch, ob durch die Zunahme privater Bildungseinrichtungen und Bestrebungen von Teilen der Wirtschaft, durch Gründung von oder Beteiligung an Einrichtungen des tertiären Bildungsbereichs stärker unternehmensspezifische Belange zu verankern, eine Dynamik institutioneller Heterogenisierung freigesetzt wird, die zur Erweiterung von Bildungsoptionen, aber auch zu neuen sozialen Segmentationsprozessen im Bildungswesen führen kann. Auf die Prozesse institutioneller Heterogenisierung zu achten, wird verstärkt Aufgabe aller an Bildung Beteiligten sein – mit Blick darauf, ob die demokratische Legitimation und die gesellschaftliche Integrationsfunktion des Bildungssystems erhalten und zugleich gestärkt wird.

Migration als multidimensionale Herausforderung und Chance

Eine große Herausforderung für Bildung und Ausbildung wird die gesellschaftliche Integration der infolge der Krisen- und Kriegsentwicklungen nach Deutschland

geflohenen und fliehenden Schutz- und Asylsuchenden sein. Dabei ist nicht nur die Bildungs-, sondern auch die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik gefragt. Die aktuellen Zuwanderungszahlen sollten nicht dazu verleiten, das Thema Migration ausschließlich unter der Perspektive der Schutz- und Asylsuchenden zu betrachten: Die Herausforderungen bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, vor denen Deutschland schon seit Jahrzehnten steht, bleiben aktuell und gewinnen durch die neue Zuwanderung zusätzliches Gewicht.

Zur Bewältigung dieser Herausforderungen liefern die Befunde des Schwerpunktthemas Anknüpfungspunkte: Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund ohne einen allgemeinbildenden und beruflichen Bildungsabschluss konnte reduziert und das Kompetenzniveau der Jugendlichen mit Migrationshintergrund verbessert werden, auch wenn der Unterschied zu Personen ohne Migrationshintergrund unübersehbar bleibt.

Die positiven Bildungseffekte sind ermutigend. Zugleich müssen die weiter bestehenden Bildungsdisparitäten zu den Personen ohne Migrationshintergrund Ansporn zu verstärkten Bildungsbemühungen bleiben. Dabei können weitere Befunde des Schwerpunktthemas hilfreich sein: Migration ist kein isolierter und einheitlicher Sachverhalt, sondern wirkt bei Bildungsprozessen immer mit anderen Merkmalen zusammen, vor allem der sozioökonomischen Situation der Familien. Der Abbau migrationsspezifischer Disparitäten muss daher immer auch den Abbau sozialer Ungleichheiten in den Blick nehmen.

Die zumindest in Teilen – auch, aber nicht ausschließlich auf migrationsspezifische Entwicklungen zurückzuführende – wachsende Heterogenität von Lerngruppen in den verschiedenen Bildungskontexten sollte künftig verstärkt im Blick behalten und auf damit einhergehende besondere Bedarfe der pädagogischen Praxis und der Ausbildung des pädagogischen Personals geachtet werden. Die Vielfalt der Migrationspopulation, die nicht nur als Herausforderung, sondern immer auch als Potenzial betrachtet werden kann (z. B. internationale Netzwerke, Mehrsprachigkeit), legt der Bildungs-, Familien- und Ausbildungspolitik nahe, differenzierte Lösungen im Rahmen der Regelangebote der Bildungsinstitutionen zu entwickeln. In dieser Hinsicht unterscheidet sich die Situation von Bildungsteilnehmenden mit und ohne Migrationshintergrund nicht grundsätzlich. Daher lassen sich aus den Herausforderungen durch Migration auch Gewinne für das Bildungs- und Ausbildungssystem insgesamt ziehen.